

Nichtenstein-Coburger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Coburg, Adlitz, Bernsdorf, Alsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudersfel, Ortmannsdorf, Rülken St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Slangsdorf, Thurn, Niedermüllern, Ruffhappel und Vilsbheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Nichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

64. Jahrgang.

Nr. 156.

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

Donnerstag, den 9. Juli

Haupt-Vertriebsorgan
im Amtsgerichtsbezirk.

1914

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Abonnementpreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelnummern 10 Pfg. Bezahungen nehmen außer der Expedition in Nichtenstein, Wilhelm-Georg-Straße 5 b, alle Kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Bezugsstellen werden bis zum 31. März des Jahres mit 10 Pfg. für auswärtige Zusender mit 15 Pfg. berechnet. Nachzahlung 30 Pfg. Im amtlichen Teile kopiert die zweispaltige Seite 30 Pfg. Anzeigen-Abrechnung Nr. 7. Inseraten-Annahme täglich bis 10 Uhr nachmittags 10 Pfg. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Donnerstag, den 9. Juli 1914, vorm. 9 Uhr.
Jollen 2 Büffels öffentlich versteigert werden. Sammelort der Diener Königliches
Amtsgericht Nichtenstein.

Nichtenstein, am 8. Juli 1914.

Der Gerichtsvollzieher des Agl. Amtsgerichts.

Den Beteiligten wird nachstehende Verordnung (*) zur genauen Befolgung
hierdurch erneut zur Kenntnis gebracht.

Coburg, den 6. Juli 1914.

Der Gemeindevorstand.

Verordnung zur Ausführung des Viehhandlungsgesetzes

vom 7. Juni 1914 § 45 pp.

1) Abs. 1) Zur Schlachtung bestimmtes Rindvieh ist in Schlachtviehhöfen,
Schlachthöfen und öffentlichen Schlachthäusern binnen 4 Tagen vom Eintreffen
ab gerechnet, sowie es nicht vor Ablauf dieser Frist zulässigerweise wieder abge-
führt wird, außerhalb der Schlachtviehhöfe usw. binnen 2 Tagen vom Eintreffen

am Schlachtort ab gerechnet zu schlachten, wofür im ersteren Falle die Ver-
waltungen der Schlachtviehhöfe usw., im letzteren Falle die Besitzer der Tiere
verantwortlich sind.

1) Abs. 4) Aus den mit einem öffentlichen Schlachthause verbundenen
Schlachtviehhöfen, deren beiderseitige Betriebe nicht gegeneinander abschließbar
sind, sowie aus öffentlichen Schlachthöfen und Schlachthäusern, darf dorthin ge-
brachtes Schlachtvieh lebend nicht wieder ausgeführt werden.

2) Abs. 1) Soweit die Ausfuhr von Vieh aus Schlachthöfen gestattet ist
(vergl. unter 1 Abs. 1 und 4), darf sie nur zu Wogen erfolgen; jedes Stück ist
unmittelbar vor seiner Verladung nochmals tierärztlich zu untersuchen.

Die den Schlachtviehmärkten zugeführten Tiere, die aus verletzten Landes-
teilen oder von anderen Schlachtviehmärkten stammen, können in besondere Ställe
verwiesen und vom freien Handel ausgeschlossen werden.

Diese Maßnahmen sind für den Bereich der Königlichem Kreisshauptmann-
schaft Chemnitz — lt. Bekanntmachung des Königlichem Ministeriums des Innern
vom 10. Juni 1914 — bis auf weiteres in Kraft gesetzt.

Das Wichtigste.

- Den Kaiser begleiten bei seiner am Montag ange-
tretenen Nordlandreise der Turbinenkreuzer „Kostol“
und das Dampfschiff „Steinbock“.
- Der Kriminalbeamte Waid in Steglitz wurde
gestern von einem anscheinend geisteskranken Arbeiter,
als er dessen Personalien feststellen wollte, erschossen.
- Sämtliche serbische Generalkonsuln im Deutschen
Reich, die österreichische Staatsangehörige sind, haben
ihre Ämter niedergelegt.
- Erzherzog Friedrich ist als Nachfolger des ermor-
deten Erzherzogs Franz Ferdinand zum Generalinspek-
teur der österreichisch-ungarischen Armee auserkoren.
- Die serbische Kaufmannschaft hat den Boykott gegen
österreichisch-ungarische Waren beschlossen.
- 650 000 russische Landwehrleute und Reservisten
werden bis zum 1. Oktober unter Waffen gehalten
werden. Das wird von Österreich als serbische Mil-
lendarbeit bezeichnet.
- Die Pforte hat der griechischen Regierung in einer
Note ihre Befriedigung über Griechenlands Haltung
in der Auswandererfrage erklärt.
- In Frankreich sind zwei russische Landstreicher ver-
haftet worden, die sich selbst der Vorbereitung eines
Attentats gegen den Kaiser von Rußland bezichtigten.
- Der König der Belgier traf gestern zu einem offi-
ziellen Besuche des schweizerischen Bundesrates in
Genf ein.

Die Lage des Fürsten von Albanien.

In einer Mitteilung der „Wiener Pol. Korresp.“
aus Paris wird betont, daß die Mächte dem Fürsten
gar nicht mit Militär zu Hilfe kommen könnten,
aber sonst entschlossen seien, für Albanien die
Souveränität einzutreten. Der schließliche Ausgang der Be-
wegung in Albanien hänge davon ab, ob der Fürst
sich mit den Aufständischen auf diesem oder jenem
Bege auseinandersetzen will, oder ob er des Auf-
standes aus eigener Kraft Herr zu werden vermag.
Solange der von Europa gewählte Fürst Wilhelm seine
Sache aufrecht halte, bestehe für die europäischen Mächte
weder Anlaß noch Gelegenheit, über ein in Albanien
neu einzuführendes Regierungssystem in Verhandlungen
miteinander zu treten. Nachrichten aus Durazzo
aber lassen leider erkennen, daß die Sache der Fürsten
nicht verloren ist. Dem „Secolo“ in Mailand wird
mitgeteilt, die Rationalisten hätten dem Fürsten einen
Brief geschrieben, in dem sie ihn ersuchten, sich zu
einer energischen Aktion gegen die Aufständischen auf-
zurufen oder Albanien zu verlassen. Die Regierung-
struppen, meldet der Korrespondent weiter, gehören
nicht mehr. Als die Matrosen am Sonntag zu
Lange auf die Abführung der Wachen auf den Schanzen
waren mußten, verließen sie einfach die Verteidigungs-
werke, die umgeschützt daliegen. Die Gendarmen halten
ab bereits sämtlich mit den Aufständischen. Einige

Matrosen fanden vor einigen Tagen mehrere Gen-
darmen abends in Unterhaltung mit den Aufständischen
an der Grenze der Verschanzungen. Die europäischen
Freiwilligen sind sehr unzufrieden; mehrere haben Du-
razzo schon wieder verlassen. Der Fürst möchte gern
energisch vorgehen, kann aber nichts tun, da es ihm
an Geld und Soldaten fehlt. Er hat aber erklärt, daß
er auf keinen Fall Durazzo verlassen werde. In Du-
razzo erfährt man aus Vatona, daß die Ciproten mit
den Aufständischen auf die Stadt marschieren. Sie
erklären, daß die albanische Regierung unfähig sei,
die Unabhängigkeit der südbalkanischen Provinzen zu sichern,
daß also das Uebereinkommen von Korfu ungültig sei
und sie sich selbst um das Schicksal ihres Landes küm-
mern müßten.

Wien. Nach einer Meldung der „Albanischen Kor-
respondenz“ steht die Abreise des Fürsten Wilhelm
von Durazzo in den nächsten Tagen bevor. Der Fürst
habe jede Hoffnung auf einen Umschwung der Lage
aufgegeben. Optimistisch zeigen sich eigentlich nur
noch der Ministerpräsident Turchan-Pascha und der al-
banische Gesandte in Wien. Man muß die Wiener
Meldungen über den Fürsten mit einiger Vorsicht aus-
nehmen, da die Wiener Presse neuerdings sehr gegen
Fürst Wilhelm eingenommen ist. (D. L.-Z.)

Durazzo. Ahmed-Bei hat Kroji aufgegeben und
sich nach Mati zurückgezogen, da er sich mit der Re-
gierung über die Bezahlung nicht verständigen konnte.
37 Freiwillige sind aus Skutari eingetroffen. Der
Anordnung von Agropasastro ist geantwortet worden,
daß es unmöglich sei, der Stadt zu Hilfe zu kommen.
Ismael Kemal-Bei hat sich mit Rusid versöhnt. Die
Unterhandlungen mit Prenk Bibdoda haben sich zer-
setzt, weil die Regierung außerstande ist, die Geld-
forderungen des Wirtdendefes zu erfüllen. Bibdoda
lehrt nach Alessio zurück und wird sich von da nach
Skutari wenden. Die Lage wird allgemein für trost-
los und unhaltbar gehalten.

Deutsches Reich.

Berlin. (Das Besuchsieber.) In England soll
der Wunsch bestehen, deutsche Kriegsschiffe zu Gast
zu sehen, nachdem das britische Besuchsgeschwader in
Kiel so herzliche Aufnahme gefunden und den leitenden
Admiral Sir Barracloper veranlaßt hat, in einem
Funkenspruch-Telegramm Kameradschaftlichkeit in der
Vergangenheit und altem Wege zu bekräftigen. Es ver-
lautet sogar, eine Beteiligung des Kronprinzen an dem
Gegenbesuch in England liege im Bereiche der Mög-
lichkeit. Solches neue Symptom des Schwindens der
beiderseitigen Meinungen und Spannungen wäre natür-
lich zu begrüßen, könnte aber gleichwohl nicht ver-
gessen machen, daß keine Visite, kein Trinkspruch so
bedeutungsvoll ist, um als Siegel unter eine auf po-
sitive Interessengemeinschaft gegründete Annäherung
betrachtet werden zu können. Selbst die Teilnahme
des Kronprinzen würde daran nichts ändern. Haben
denn die Englandsbesuche Kaiser Wilhelms das Pläny-

lein des Vertrauens sich kräftiger entwickeln lassen?
Unser Verhältnis zum Inselreich wird am besten für
beide Teile auf die Formel des Wortes von der Frau
gebracht, von der man am wenigsten spricht. Nur die
Politik kann beide Nationen zuverlässig zusammenfüh-
ren. Besuche und Trinksprüche sind verrante Rosen-
zweige, die ein heftiger Windstoß zu trennen imstande
ist.

(Unserfreudiges aus den Reichslanden.) Weil er
drei deutsche Touristen in einer Wirtschaft betätigt
und ihnen „Preussischer Hund“ zugerufen hatte, weil
sie erklärten, nicht französisch zu sprechen, wurde der
Gefreite Julian Hanesse von der 8. Komp.
des Infanterieregiments 53 vor dem Gouvernements-
gericht in Metz zu vier Monaten Gefängnis
verurteilt. Die Urteilsbegründung betonte, daß der
Angestellte nicht den Stolz hätte, den ein preussischer
Soldat haben soll. Er habe sich nicht als deutscher
Soldat gefühlt. Der Angeklagte habe gewußt, daß die
Schimpfworte auf alle Deutschen gingen. Aber die
Armee habe es glücklicherweise in der Hand, zu ver-
hindern, daß sich derartige Elemente mit verkappter
französischer Gesinnung groß tun, und wird mit al-
ler Strenge diese Elemente bekämpfen und austreiben.
— Ueber einen recht laisen Fall von Grenzver-
letzung berichtet die Straßburger „Post“. Vor eini-
gen Tagen soll ein Leutnant vom französischen Infan-
terieregiment 152 mit 60 Mann in jedomarschmäßiger
Ausrüstung die deutsche Grenze überschritten haben und
mit seiner Abteilung bis unterhalb des Honcks im
Oderesäß, von wo aus man das ganze Müritersial
überblicken kann, vorgedrückt sein. Dort habe er seinen
Leuten einen langen Vortrag gehalten und sei unde-
belligt wieder nach Frankreich zurückgekehrt. Unter-
suchungen über diesen Vorfall wurden sofort eingelei-
tet.

(Das besorgte Frankreich.) Noch ehe unsere Flotte
ihre Norwegensfahrt angetreten hat und noch ehe über-
haupt feststeht, ob und in welchem Umfang sie Norwe-
gens Küsten besuchen wird, glaubt Frankreich Eng-
land vor unseren bösen Absichten warnen zu müssen.
Wir erhalten folgendes Telegramm: Das „Echo de
Paris“ widmet der Übungsfahrt von 42 deutschen
Kriegsschiffen an der norwegischen Küste einen Artikel,
der die britische Admiralität auffordert, nur recht wach-
sam zu sein. Denn was man in Berlin als gewöhn-
liche Spaziersfahrt ausgabe, könnte einen Teil jenes Pro-
gramms, das in der Hauptstadt lautet: Die englische
Nordseeflotte muß von zwei Seiten bedroht, womög-
lich eingeklemmt werden. — Wenn das hunderteugige
„Echo de Paris“ nicht wäre, was würde aus der ar-
men ahnungslosen britischen Flotte werden?

(Die Ausschreitungen gegen Deutsche in Galizien.)
Der Obmann des deutschen Nationalverbandes, Dr.
Gustav Brod, hat am Montag beim Ministerpräsi-
denten Grafen Stürgkh vorgesprochen, um über die
in Galizien, besonders in Lemberg, Stanislaw und
Biala, sowie an anderen Orten, gegen die Deutschen
begangenen Ausschreitungen Beschwerde zu führen und